

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung.



Anzeigen

werden die sechsseitige 3 mm hohe (Betit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Bestellungen kosten pro Seite 40 Pfg. Berücksichtigt für Platz, Anzeigenschein und Belieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

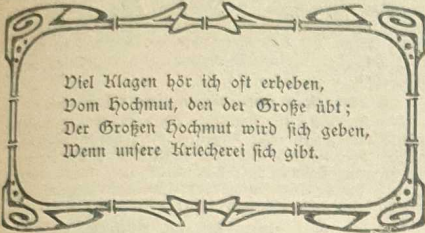
Annahmegerühr für 2 Hefen und Anstalt beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 14.

Sonntag, den 31. Januar 1926.

19. Jahrgang.



Viel Klagen hör ich oft erheben,
Vom Hochmut, den der Große übt;
Der Großen Hochmut wird sich geben,
Wenn unsere Kriecherei sich gibt.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Es hat schon wiederholt spannende Augenblicke in der deutschen Parlamentsgeschichte gegeben, aber daß das Ergebnis einer Abstimmung so wenig berechnet werden konnte, wie es bei dem Vertrauensvotum für das zweite Kabinett Luthers am Donnerstag der Fall war, das ist denn doch noch nicht dagewesen. Nachdem die Sozialdemokratie und die Wirtschaftliche Vereinigung Stimmhaltung proklamiert hatten, war der Ausgang der parlamentarischen Entscheidungsschlacht völlig ungewiß. Die Regierungsparteien und die Oppositionsparteien waren auf dem Papier gleich stark. Beide Parteigruppen verfügten gleichermäßen über 170 Stimmen, insofern die Entscheidung tatsächlich von der Stärke der Unpopulanz abhängt. Und da ergab sich, daß von den Regierungsparteien nur 10 Abgeordnete fehlten, während von den Oppositionsparteien 20 Abgeordnete der Abstimmung ferngeblieben waren. Nur so konnte das Kabinett der Mitte mit der knappen Mehrheit von zehn Stimmen ein Vertrauensvotum erhalten. Von einer festen parlamentarischen Mehrheit kann man unter diesen Umständen allerdings nicht sprechen — die 160 Ja-Stimmen helfen, nebenbei gesagt, nur ein Drittel des Reichstags aus —, immerhin genügen nach der Verfassung die zehn Stimmen zu der Feststellung, daß die Regierung das Vertrauen des Reichstages besitzt. Von dem Gesicht und der Energie des Reichskanzlers wird es abhängen, ob das neue Reichskabinett auch in Zukunft die parlamentarischen Schwierigkeiten überwinden wird und sein Arbeitsprogramm durchführen kann.

In der auswärtigen Politik hat der Reichskanzler Dr. Luther eine feste Reichstagsmehrheit hinter sich, und die schwachen Fragen dünnen mehr mit größter Beschleunigung ihrer Lösung entgegengeführt werden. Insbesondere dürfte das Kabinett bereits in den nächsten Tagen über die Anmeldung zur Mitgliedschaft im Völkerbund Beschluß fassen. Eine Entscheidung war bisher noch nicht getroffen worden, weil man in Berlin erst über gewisse Unklarheiten in der Besatzungsfrage aufgeklärt sein wollte. Diefem Punkte sind die Ministern, wie der Reichsaussenminister Dr. Stresemann kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag mitteilte, nunmehr nachgekommen. In einer alliierten Note an die Reichsregierung wird es als unrichtig bezeichnet, daß die Besatzungsmächte sich auf eine Truppenstärke von 75 000 Mann festgelegt hätten. Die Verprechungen der Note vom 14. November des vorigen Jahres sollen erfüllt werden, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten sind. Der Endtermin der Räumung der Röhre Zone ist auf den 31. Januar festgesetzt. Nach diesen Mitteilungen dürfte der Kabinettsbeschluß, auf Grund dessen die Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund erfolgen wird, in einer der allernächsten Kabinettsitzungen erfolgen. Und die Anmeldung selbst wird dann nicht mehr lange verschoben werden können.

Auf innerpolitischen Gebieten wird die Reichsregierung viel größere Schwierigkeiten zu überwinden haben. Besonders umstritten ist die Frage der Abfindung der ehemaligen regierenden deutschen Fürsten. Die Sozialdemokraten und Kommunisten haben die Einleitung eines Volkseinkaufs über diese Streitfrage beantragt, während die Regierung durch eine reichsgesetzliche Regelung dem Volke die Unruhe eines Volkseinkaufs ersparen möchte. Auch über die Frage der Arbeitszeit, der Kurzarbeiterunterstützung und der Erwerbslosenfürsorge gehen die Ansichten noch weit auseinander. Nicht weniger umstritten ist das Programm der Regierung über die Wechsellagerung der Wirtschaft, die Preislenkung und die Wohnungsnotlage. In allen diesen Fragen müssen in den kommenden Wochen wichtige Entscheidungen getroffen werden, und es wird sich zeigen müssen, ob sich das Kabinett hierfür die nötige Unterstützung des Reichstages zu sichern weiß.

Nach der Entscheidung.

Das endgültige Abstimmungsergebnis im Reichstag.

Bei der entscheidenden Abstimmung über das Vertrauensvotum für die neue Reichsregierung sind im Reichstag insgesamt 440 Stimmen abgegeben worden, davon waren 130 Enthaltungen (nicht wie zuerst angegeben 151). Von den übrigen gültigen Stimmen haben 160 mit Ja, 150 mit Nein gestimmt. Die Mehrheit für das Vertrauensvotum beträgt also zehn Stimmen.

Das Abstimmungsverhältnis.

Im einzelnen war das Abstimmungsergebnis folgendes:

Für das Vertrauensvotum haben gestimmt: Deutsche Volkspartei 47, Bayerische Volkspartei 18, Demokraten 30, Zentrum 64, Wirtschaftliche Vereinigung 1, insgesamt 160.

Gegen das Vertrauensvotum haben gestimmt: Württembergische 8, Deutschnationale 102, Kommunisten 39, fraktionslos 1 (Kag), insgesamt 150.

Der Stimme enthalten haben sich Sozialdemokraten 112, Wirtschaftliche Vereinigung 18, insgesamt 130.

Die fehlenden Abgeordneten.

Bei der Abstimmung haben gefehlt: 18 Sozialdemokraten, 8 Deutschnationale (darunter v. Leipzig und Wöhlke), 7 Württembergische (darunter Ludendorff und der Abg. Henning, der ausgeschlossen worden war), 5 Kommunisten, 4 vom Zentrum (darunter Dr. Wirth, der durch eine schwere Erkrankung seiner Mutter verhindert war), 4 von der Deutschen Volkspartei (darunter Abg. Hepp, der an der Reichslandtagsversammlung teilnahm), 2 Demokraten (darunter Dr. Schilling), 2 von der Wirtschaftlichen Vereinigung und 1 von der Bayerischen Volkspartei. Außerdem hat der fraktionslose Abg. Lange-Heymann gefehlt. Eine sozialdemokratische Stimme wurde für ungültig erklärt, da sie doppelt abgegeben war.

Der geplante Flottenvorstoß.

Eine Erklärung des Prinzen Max von Baden.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Kriegsverfahren wurde ein Schreiben des letzten kaiserlichen Reichskanzlers, Prinz Max von Baden, vorgelesen, in dem er zu den Vorgängen bei der Marine im November 1918 und zu dem geplanten Flottenvorstoß Stellung nimmt. Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß der Reichskanzler vor der Marineleitung über die beabsichtigte Entscheidungsschlacht der Flotte nicht genau unterrichtet worden war und infolgedessen auch nicht seine Zustimmung zu diesem Vorhaben gegeben haben kann.

Wie aus der Darstellung des Prinzen im einzelnen hervorgeht, wünschten die Kommandostellen der Marine am 4. November die sofortige Verbreitung eines Flugblattes, um bei den Mannschaften die irrige Vorstellung zu beseitigen, als ob die Offiziere die Absicht hätten, die Flotte zu vernichten.

Zunächst sollte aber nach Meinung des Prinzen Max von Baden am 29. Oktober die Flotte zur Entscheidungsschlacht ausfahren. Der Befehl wurde am 31. Oktober unter dem Eindruck der Meuterei zurückgezogen, das damalige Kabinett wurde am 4. November aufgelöst, die Legende von der Todesfahrt durch Flugblätter zu zerstreuen. Die allgemeine Wendung, die Admiral Scheer in Gegenwart des Kontre Admirals von Ledebow am 20. Oktober dem Kanzler gegenüber getan habe, „daß der Hochseeflotte nach Einstellung des U-Boottkrieges die volle Freiheit des Handlungsbereichs zurückgegeben würde“, konnte nie den Sinn haben, daß die deutsche Flotte innerhalb der nächsten zehn Tage den Kampf auf Leben und Tod mit der englischen Flotte suchte. In jedem Falle hätte die Reichsleitung vor der endgültigen Befehlsausgabe präzise Meldung erhalten müssen.

Prinz Max von Baden ist davon überzeugt, daß ein Mißtrauen anderer Art durch die Marineleitung der letzte Beweggrund gewesen ist. Die Marine befürchte, die Reichsleitung würde nicht genügend Verständnis und Glauben aufbringen, um die gewaltige Unternehmung zuzubehalten. Dieses Mißtrauen sei aber durch nichts gerechtfertigt worden. In den Darlegungen heißt es: Prinz Max von Baden stehe noch heute vor einem Rätsel, warum die Marine sich ihm nicht anvertraut habe.

Sache: kändiger Dr. Ludwig Herz verlas darauf einen Brief des früheren

Bizanzlers Bayer,

in dem dieser erklärt, von einer Absicht, die Engländer zu einer großen Seeschlacht herauszufordern, sei ihm überhaupt erst durch die Verhandlungen im Münchener Dolchstoßprozeß etwas bekannt geworden. Dem Kabinett

netz sei von einer solchen Absicht niemals Mitteilung gemacht worden. Ob dem damaligen Reichskanzler Prinz Max von Baden vielleicht von einer solchen Absicht der Marineleitung etwas mitgeteilt wurde, entzieht sich seiner Kenntnis. Ihm selbst sei nichts davon bekannt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Januar 1926.

— Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat dem japanischen Vorkäufer aus Anlaß des Todes des japanischen Ministerpräsidenten Kato das Beileid der deutschen Regierung ausgedrückt.

— Der neue Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, der Kolldner von Hameln, wird am 21. Februar sein Amt antreten.

— Neue Anträge im Reichstag. Im Reichstage ist ein Antrag Dr. Reichert (Dn) eingegangen, der fordert, zur Förderung der deutschen Ausfuhr die sofortige Enttarnung erheblicher verbilligter Ausfuhrerlöse aus den Mitteln des Reichs. Weiter eingegangen ist eine Interpellation Dr. Quast (Dn), in der die Regierung aufgefordert wird, auf die Reichsbahn in der Richtung einzuwirken, daß sie sich in erster Linie auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft einstellt. Ferner hat die Wirtschaftliche Vereinigung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe dem Bedürfnis des Handels entsprechend neu geregelt werden soll.

Rundschau im Auslande.

— Die italienische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der vorbereiteten Abrüstungskonferenz angenommen. Senator de Marini wurde zum Vertreter Italiens ernannt.

— Nach einer Meldung aus Tokio ist an Stelle des verstorbenen Ministerpräsidenten Kato den Führer der Regierungspartei, Graf Wakatsuki, mit der Führung der Regierungsgeschäfte beauftragt worden.

Kardinal Merciers Beisehung.

— Unter ungeheurer Beteiligung der belgischen Bevölkerung fand am Donnerstag in Brüssel die Trauerfeier für den Kardinal Mercier statt. Im Brüsseler Nordbahnhof wurde die Leiche des Kardinals noch einmal, von Mecheln nach Brüssel zurückkehrend, von den Würdenträgern des Saates und der Kirche in Empfang genommen, um in feierlichem Zuge nach der St.-Gudula-Kathedrale geleitet zu werden.

Unter dem Bann aller Kirchenglocken der Stadt und dem Salut der Truppen setzte sich der Zug, den Kavallerie und Artillerie eskortierte, in Bewegung. Auf dem Wege schritt die Geistlichkeit zu beiden Seiten des Sarges, die Präsidenten des Senats und der Kammer, der Premierminister und der Minister des Innern, der Bürgermeister von Brüssel und ein General folgten. Unmittelbar hinter dem Wagen folgten der belgische König und der Kronprinz, denen sich die Mitglieder der Familie Mercier und die Vorkäufer und Verwandten angeschlossen. Nach der Ankunft in der Kathedrale wurde ein feierlicher Trauergottesdienst abgehalten, an dem die Kardinals von Paris und Westminster, sämtliche belgische Bischöfe und Äbte, sowie zahlreiche Ordens- und Weltgeistliche teilnahmen. Den ganzen Tag über blieb die belgische Hölle des Kardinals in der Kirche aufgedeckt und wurde dann am Abend nach Mecheln zurückgebracht, wo sie in der Kathedrale beigesetzt wurde.

Die Anklage gegen die Frankensächler.

— Wie aus Budapest gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft den Entwurf der Anklageschrift gegen die Frankensächler fertiggestellt. Ingesamt wird gegen 26 Personen Anklage erhoben, davon befinden sich 21 in Untersuchungshaft. Die Namen der auf freier Fuß befindlichen Angeklagten müssen bis zum Erscheinen der Anklageschrift innegehalten werden. In der Anklageschrift wird gegen den technischen Leiter der staatlichen Kartographischen Anstalt, Ladislaus Gerb, die Anklage wegen Verbrechens der Vaterschaft in der Frankensächler, gegen den Prinzen Windischgrätz und den Landespolizeichef Radofich wegen Anstiftung und Mittäterschaft erhoben, gegen Naba, den Privatsekretär Windischgrätzs, wegen Mittäterschaft. Der pensionierte Oberst Kurz und Oberregierungsrat Girsch werden als Helfershelfer angeklagt, das technische Personal des kartographischen Instituts wegen des Verbrechens, offenbar an Vorgelegten mitgewirkt zu haben.

gemachten Hochzeiten, wo dann vielsoch das Geld annehmend gar keine Rolle spielt. Hat man sich die genügende Anzahl „Töpfe“ mit den bezugsbereiten Gläsern zu Gemüte geföhrt und auch den künftigen Festlichkeiten ökonomisch Bedacht getan, dann merkt man mit Bewusstsein, daß der Geldbeutel um einen Betrag leichter zu werden ist, der heute für manche Familie ein kleiner Vermögen bedeutet. Eben darin liegt das Geheimnis, daß so viele nicht in den Grenzen bleiben, die ihnen der Geldbeutel und der — Verstand gezogen hat.

Erst vor wenigen Tagen ist dem Reichstag eine Erklärung zugegangen, die entschieden Kampf gegen die wachsende Trunksucht fordert. Im Interesse der Volksgesundheit verlangt man vor allem auch strengere Maßnahmen zum Schutze der Jugend. Mit gleicher Schärfe jedoch wird auf der anderen Seite eine „Erdbeulung“ Deutschlands abgelehnt.

Nach den hiesigen Erfahrungen, die man in Amerika und in Kanada mit dem Alkoholverbot gemacht hat, kann man diesem Standpunkte nur beipflichten. In welchem Maße genossen, wird der Alkohol niemals schonen. Aus der Heimat des unterirdischen Wohlstandes, aus Bayern, ist unlängst sogar das Erbverbot an den Reichstag gegangen, auf die für den Welt bekante Einführung der erhöhten Biersteuer im letzten Rechnungsjahre ganz beträchtlich den erwarteten Betrag übersteigt hat. Ob die brauen Bayern, die ja als Massenverbraucher an billigerem Bier ein besonderes Interesse haben, mit ihrem Antrag durchkommen werden, bleibt abzuwarten. Vorläufig ist die Sache noch rechtlich fraglich, denn die „Rechtsmittel“ beim Reichstag hat ja von altersher einen unheimlichen Schrecken.

Bei den Gemeinden liegen heute im großen und ganzen die Dinge nicht viel anders. Auch da weiß man zuweilen kaum noch, wie man dem armen Steuerzahler auch den letzten Blutstropfen abzupfen soll. Wenn letzten ein Städtchen sogar auf den Gedanken verfallen ist, auch noch die — Kanarienvögel in den Bereich der steuerbaren Möglichkeiten zu ziehen, dann kann man sich des Eindruckes nicht verwehren, daß so manche Gemeindeverwaltung von allen guten Geistern verlassen sein muß.

Sehr heftig gegen die ständig unerträglichere Steuerlast wird neuerdings auch vom Handwerk wieder angeklagt. Man führt die lebhaftesten Klagen, daß die Steuer längst nicht mehr der Leistungsfähigkeit entspreche. Die Not der Landwirte sei auch die Not des Handwerks. Wiewohl das Handwerk auch für seinen Teil völlig unschuldig an den derzeitigen Verhältnissen sei, werde es trotzdem zum Karneval der Bait der öffentlichen Meinung gemacht.

Es ist nicht erst seit heute und gestern so, daß man die Schuld an der jeweiligen Misere einzelnen Händen und Berufsgruppen zuzuschreiben versucht. Nichts lächerlicher als das! Nicht dadurch, daß man die einzelnen staatsvererbenden Faktoren aneinanderlegt, sondern allein dadurch, daß jeder Einzelne seine Kräfte für den Staat und die Allgemeinheit einsetzt, und wirtschaftliche Katastrophen, wie wir sie heute wieder durchleben, zu bezwingen.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 30. Januar 1926.

Mit heißem Öl verbrannt. Der 12jährige Heinrich Hopppach, Sohn des Bildhauers Johs. Hopppach, wohnhaft auf der Scholle, war in der Abendkumde im Raadbarhaus und lag vor dem Ofen und irrodierte sich die nasen Schutze. Die Hausfrau glühte gerade in der Ofenkapel ½ Liter Rübdöl aus. In dem Augenblick nun, als sie die Pflanze mit dem heißen Öl herausnahm, richtete sich der Knabe auf und stieß mit dem Kopf gegen die Pflanze. Die glühend-heiße Flüssigkeit ergoß sich ihm über Mund, Arm, Hals und Brust. Fürchtbar verbrannt liegt der bebauenswerte Junge schwer darnieder.

Ein Unglücksfall. In den gestrigen Mittagstunden leigte das neugelaufte Pferd des Herrn Bäckermeisters Kerske. Herr Kerske, der das Pferd selbst fuhr, wurde, da der Wagen an einen Pfeilstein stieß, vom Wagen geschleudert und riß sich hierbei die Wade auf, wobei der Knochen blank liegt. Hilfsbereite Hände brachten den Bedauernswerten sofort in seine Wohnung. Aerztliche Hilfe war gleich zur Stelle. Hoffentlich hat dieser Unfall für den Beunruhigten keine nachteiligen Folgen.

25jähriges Gesafts Jubiläum. Montag, den 1. Februar feiert der Bestzer des in weitesten Kreisen rühmlichst bekannten Gasthofes „Zum goldenen Löwen“ Karl Vertman, sein 25jähriges Gesafts Jubiläum. Herr Karl Vertman hat es in den 25 Jahren verstanden, den guten Will des von seinem Vater, Friedrich Vertman, übernommenen alten, soliden Hauses durch Rührigkeit und reelle Gesaftsgrundzüge nicht nur zu wahren und zu erhalten, sondern auch noch zu erweitern. Die Bürger unserer Stadt und die vielen Reisenden, die schon jahrelang in dem Gasthof absteigen, nehmen freudigen Anteil an dem Jubiläum des geschätzten und beliebten Gastwirts. Wir bringen dem diebeuten, idlen Radonius die besten Wünsche dar. Möge sein Gesafts weiter blühen und gedeihen.

Kirchenkonzert. Der Kasseler A Kapella-Chor (Leitung: Staatslicher Kapellmeister am Staatsstheater) will uns wieder durch ein Konzert erfreuen, diesmal durch ein Kirchenkonzert. Es soll am Sonntag den 28. Februar, nachmittags, stattfinden. Offenlich wird diese Nachricht freudig aufgenommen. Da an diesem Tag Vollstraußentag ist, wird das Konzert auf diesen Tag abgeändert sein. Die Eintrittspreise sollen mit 1,50 M. bzw. 1,00 M. festgelegt werden. In den ersten Tagen werden Listen zum Einschreiben für das Konzert vorgelegt werden. An der hiesigen Einzeichnung wird es liegen, ob das Kirchenkonzert zuhause kommt.

Der Demütigte und die Sängerin. Nun ist auch dieser vielgenannte Großfilm, der überall ein Publikationserfolg feierndem daste, nach Spangenberg gekommen. Am Sonntag und Montag läuft er in hiesigen Schauspieltheater. Da den Besuchern einige wirklich genussreiche Stunden bevorstehen, ist ein Besuch nur zu empfehlen, zumal die Direktion keine Mittel gescheut hat, um diesen großartigen Film nach hier zu bekommen.

Gründung eines Reitvereins. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, soll auch hier, wie in vielen anderen Städtchen und Orten unseres Landes, ein Reitverein gegründet werden.

Handball. Das Handballspiel hat endlich seinen Weg auch in den hiesigen Turnverein gefunden. Eintracht Felsberg II. — Frober Mat I. Dieses Spiel, welches eines der wichtigsten und die Gaumeisterschaftspiele ist, wird kommenden Sonntag auf den hiesigen Platz nachmittags 3 Uhr ausgetragen. Die hiesige Mannschaft ist vor eine große Aufgabe gestellt, wenn der Sieg zufällt, sollte erst der Schlußspieß des Schiedsrichters entscheiden. Am gleichen Tage treffen sich in Gensungen ebenfalls im Pflanzspiel Tv. „Jahn“ Gensungen I. — Egmbe. 88 Guxzghan I. Guxzghan, eine kampferprobte Mannschaft, sollte der mit eisernen Willen kämpften Jahnmanschaft, Punkt und Sieg abzunehmen verstehen. Gaumeisterschaftskämpfe an den Geräten. Morgen werden die Gaumeister des Fulda-Eber-Gaues an den Geräten in Ziegenhein ermittelt.

Stellungnahme des Regierungspräsidenten zur Verteilung von Eichenkränzen an Schulpflichtige unter 14 Jahren. Der Kreisvorstand des 7. deutschen Turnkreises, dem die Turnvereine unseres Regierungsbezirks angehören, hatte kürzlich an den Herrn Regierungspräsidenten in Cassel ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wurde, daß es eine Ueber-

30 Mt. Belohnung

erhält Derjenige, der mir den Dieb, der in der vergangenen Nacht bei mir eingebrochen hat, so nachweist, daß dessen gerichtliche Verstrafung erfolgen kann.

M. Blumenkrohn.

spannung des Wettkampfbekantens bedeute und vom pädagogischen Standpunkt aus zu vermerken sei, wenn schon den schulpflichtigen Kindern ein Eichenkranz verliehen werde, daß diese A Bzeichnung allenfalls älteren Jugendlichen vorbehalten bleiben müsse, die den Wert und die Bedeutung des schlichten Eichenkranzes zu würdigen in der Lage seien. Gleichzeitig war die Bitte ausgesprochen worden, eine dementsprechende Verfügun zu erlassen. Daraufhin ist jetzt dem Kreisvorstand ein Antwortschreiben zugegangen, in dem der Herr Regierungspräsident die geäußerten Bedenken teilt und noch folgendes hinzugibt: „Ich habe die Kreisjugendpfleger und -innen meines Bezirkes erucht, darauf zu halten, daß Ihrer Bitte entsprochen wird. Gleichzeitig habe ich die hiesige Regierung Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, gebeten, falls sie es für erforderlich hält, den Kreisfürsoren eine Verfügun im gleichen Sinne zugehen zu lassen.“ Damit dürfte diese Streitfrage dem Standpunkte der „Deutschen Turnerschaft“ entsprechend ihre Erledigung gefunden haben.

Die Wetterlage. Von einem Tiefdruckgebiet im Westen gehen Randstörungen aus, die die Witterung Mitteleuropas beeinflussen. Unser Gebiet wird von einem Tiefausläufer nur gestreift, so daß noch einzelne kurze aber unerhebliche Niederschläge auftreten. Die Temperaturen steigen bei weithlichen Winden wieder etwas an.

Ebersdorf. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige Mandolinclub „Frohshnn“ in der Sinnigenen Gaumirtschaft einen Unterhaltungsabend. Der Saal war dicht besetzt. Die Festlichkeit wurde durch eine Ansprache des 1. Vorsitzenden eröffnet. Hierauf reichten sich dann Musikvorträge, die übrigens sehr gut zu Gehör gebracht wurden, und einige Theaterstücke. Man kann wohl mit Recht sagen, daß alle diejenigen, die Sinn und Verständnis für unsere ländliche Vortragskunst haben, voll und ganz an ihre Rechnung gekommen sind. Jede einzelne Stelle wurde gut und flott gespielt. Nach Schluß vereinte Darsteller und Zuschauer noch ein gemächliches Beilammchen. Hoffentlich erheut uns der Mandolinclub „Frohshnn“ bald wieder einmal mit einem ähnlichen Abend.

Weidelbach. Die hiesige Schulkstelle, die durch den frühen Tod des Lehrers Jungemann seit Juli vergangenen Jahres verwaist war, wurde dem Lehrer Spitzbauer, seither in Mansbach Kr. Pflanzb. endgültig übertragen.

Schweze. Ein Schaustafer vor dem Kaufhaus von Ghrum am Stad ist in der Nacht erbrochen und seines Inhalts beraubt worden. Der Dieb hat Alttaschen, Briefkasten, Damenhandsachen, Taschenlampe, Feuerzeuge usw. im Gesamtwerte von etwa 90 bis 100 M. erbeutet.

Hersfeld. Die Bewohner des benachbarten Oerhau wurden in einen nicht geringen Schrecken versetzt. Ein Teil der dem Mühlenerbesitzer Schüller gehörigen Gebäude stürzte plötzlich ein. Die Familie Siebert wurde eingeschlossen und konnte erst nach längeren Aufriäumungsarbeiten aus ihren unangenehmen Lage befreit werden. Glücklicherweise hatte niemand Schaden gelitten.

Hörsheim a. W. Mittwoch früh wurde aus dem Main die völlig unbekleidete Leiche eines Mannes im Alter von etwa 35—40 Jahren geborgen. Der Mann muß kräftig gewesen sein. Die Untersuchung begab, daß der bis jetzt unbekante Tote mehrere erhebliche Schnittwunden am Kopfe und Halbe hatte, so daß die Möglichkeit eines Verbrehens durchaus nahe liegt. Die Leiche hat anscheinend schon sehr lange im Wasser gelegen.

Limburg. Das sechsährige Söhnchen des Lokomotivführers Repp wurde Mittwoch abend von einem Zahnauto überfahren und auf der Stelle getötet. Das Kind hatte sich an ein anderes Fuhrwerk gehängt. Als es absprang, geriet es vor den Kraftwagen und fand auf diese Weise seinen Tod.

Aus Stadt und Land.

72 000 Zigaretten gestohlen. In eine Berliner Zigarettenfabrik drangen in einer der letzten Nächte, trotzdem die Fabrik von Wächtern scharf bewacht wird und auch eine Menge Wachhunde stets zur Verfügung sind, Einbrecher ein und verpackten sich durch betrügerische Zugang zum Bagerraum, aus dem sie sich rund 72 000 Zigaretten aneigneten. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Drei Millionen für Berlin. Vom Berliner Magistrat wurde der Beteiligung an der internen Anleihe der Deutschen Reichsbahn (Deutsche Kommunalanbahn) in Höhe von 20 000 000 Reichsmark zugestimmt. Aus dieser Anleihe wird Berlin drei Mill. Mark erhalten.

15 Mark für dich, 60 Mark für mich. Die Polizei in Berlin verhaftete einen 37jährigen Fleischer wegen fortwährender schwerer Mißhandlung von Frau und Tochter. Der Mann verdiente wöchentlich 75 Mark, wovon er jedoch 60 Mark jedesmal für sich selber verbrauchte. Fast allabendlich kam er schwerbeachtet nach Hause und schlug dann seine Angehörigen in schmerzlicher Weise. Einmal entzog sich das Mädchen den Mißhandlungen durch die Flucht aus dem Fenster der im ersten Stock gelegenen Wohnung. Es hielt sich am Plinkhaber fest, dieser riß jedoch, und so stürzte die Verurteilte auf den Hof hinab, ohne sich jedoch besonders schwer zu verletzen. Gegen den Unmenschen ist jetzt ein Strafverfahren im Gange.

Von flüchtigem Metall verbrannt. In den Werkstätten einer Firma in Berlin-Richtenberg goß man Wasser in eine sogenannte Kuffille, in der sich aber noch glühende Masse befand. Das flüssige Material spritzte auseinander und verbrannte zwei Arbeiter schwer.

Im Schlafe erdroffelt hat in Brandenburg ein 29 Jahre alter Arbeiter seine gleichaltrige Ehefrau. Wie der Täter selber freimütig erklärt, liegt keine Leidenschaftstat, sondern vorbedachter Mord vor. Abends zuvor ging der Arbeiter schon sehr frühzeitig zu Bett und hielt den Strich, mit dem er den Mord verüben wollte, die ganze Nacht unter dem Kopfkissen verborgen. Gegen 3 Uhr früh entschloß er sich zur Tat, legte die Schlinge um den Hals seiner Frau und zog sie mit einem Ruck zu. Er wartete, bis sie beim Lebenszeichen mehr von sich gab und legte sich dann im Nebenzimmer auf den Diwan. Die Ehe bestand erst seit wenigen Monaten, doch lebten Mann und Frau fortwährend in größtem Unfrieden.

Erschütterndes Familiendrama. Vor einiger Zeit vergiftete sich in Königsberg (Neumark) ein Landwirt, weil er in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Seiner Frau ging der Selbstmord so zu Herzen, daß sie geistig zusammenbrach und einer Irrenanstalt überwiesen werden mußte. Jetzt kam sie unerwartet nach Hause und erzählte, daß sie beurlaubt sei. Am nächsten Tage wurde sie im Wohnzimmer erhängt aufgefunden. Fünf Kinder im Alter von zwei bis sieben Jahren trauern um ihre Eltern.

Graufiger Beidenfund auf den Eisenbahndamm. Zwischen Münsterberg und Camenz (Schlesien) fand ein Streckenarbeiter die fürstbar verfallenen Glieder eines menschlichen Körpers zwischen den Schienen. Der Kopf des Toten wurde noch nicht gefunden. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, muß die Untersuchung noch ergeben.

Todesfahrt im Schlitten. Ein Kaufmann aus Breslau unternahm mit seiner Gattin eine Schlittenfahrt. An einer Wegekreuzung mußte der Schlitten einem Auto und einem Steinwagen scharf ausweichen. Hierbei schlug der Schlitten so scharf an einen Stein an, daß die Frau vom Schlitten geschleudert wurde und einen Schädelbruch davontrug, dem sie nach kurzer Zeit bereits erlag.

Furchtbares Unglück an einem Bahnübergang. Vom D-Zug Stoll-Berlin überfahren wurde hinter Köslin an dem Bahnübergang der Landstraße Gieslow-Kübnow ein mit Stroh beladenes Gutsfuhrwerk, dessen Pferde durchgegangen waren und die Wagenschranken durchbrochen hatten. Der Kutscher rettete im letzten Augenblick sein Leben durch Abpringen. Die Pferde wurden getötet, der Wagen zertrümmert. Der D-Zug erlitt eine Verletzung von einer halben Stunde, da aus den Ädern erst die Reste der getöteten Pferde entfernt werden mußten.

Verhängnisvoller Todesurteil. Vom Zweiten Strafssenat des Reichsgerichts ist die Revision des Landwirts Sanderich, der am 27. November 1925 vom Schwurgericht in Allenstein wegen Mordes zum Tode verurteilt worden war, verworfen worden. Sanderich hatte im September 1925 im Dehauer Forst bei Allenstein den Förster Kalupba, der ihn beim Wägen überfallen, durch zwei Schüsse, die er aus kurzer Entfernung abgab, niedergeschlagen. Nunmehr hat das Todesurteil Rechtskraft erlangt.

Maggi's Fleischbrüh-Würfel

ersparen das Auskochen teuren Suppenfleischs.

1 Würfel 4 Pfg.



Preussischer Landtag.

— Berlin, den 29. Januar 1926.
Fortsetzung der Haushaltsberatung.

Zu Beginn der Freiungsberatung des Preussischen Landtages wurde zunächst in „Wahrung der berechtigten Interessen im Verwaltungsbereich der Reichsbehörden“ das Staatsministerium um die Zustimmung ersucht, den gegenwärtig feststehenden Etat im Verwaltungsbereich der Reichsbehörden für das laufende Jahr umgehend noch durch ein von den Reichsbehörden zu ernennendes Mitglied zu besetzen. Ferner legte der Landtag die Mittelberaubung für den einstufigen Untersuchungsanspruch für die Remerterde auf 15 fest.

Das Haus legte dann die allgemeine Besprechung zur ersten Beratung des Haushalts für 1926 fort.

Abg. Pöhl (Komm.) verwies auf die täglich anwachsende Zahl der Arbeitslosen, die leicht schon über fünf Millionen erreicht habe. Gegenüber dem wirtschaftlichen Chaos seien Regierung und bürgerliche Parteien ratlos. Als dann der Redner den Sozialdemokraten zum Bewusstsein brachte, sie hätten der zweiten Reichsregierung außer das Beden geteilt, kam es zwischen Abgeordneten der kommunistischen Partei und Sozialdemokraten zu lebhaften Auseinandersetzungen, die fast zu Ausschreitungen zu führen drohten. Es trat aber bald darauf die Ruhe wieder ein, ohne daß es zu Folgen gekommen wäre.

Abg. Kell (Dem.) erklärte, die wichtigste Frage sei die Befreiung des staatlichen Haushalts-Defizits. Einer der Wege, auf denen man dem erstrebten Ziele näher kommen könne, wäre dagegen der, daß endlich ernst gemacht würde mit der großen Verwaltungsreform. Wir denken dabei keinesfalls an einen Beamtenabbau, sondern an einen Behördenabbau, an eine organisatorische Umgestaltung des Staates, das den Staat trägt. Die Hauszinssteuer sehen auch wir als roh und brutal an. Sie muß schleunigst wieder abgebaut werden.

Abg. Müller-Weanten (Wirtsch. Bg.) bezweifelte, daß die Forderungen, die der Finanzminister auf die Hauszinssteuer legt, sich erfüllen. Anhalten werde von Sozialdemokraten. Mit Anträgen sei es aber nicht getan! Es sollte doch endlich einmal die große Verwaltungsreform und ein einheitliches Steuerwesen kommen.

Abg. Dr. v. Rehmer (Natl.) erklärte, es gehe nicht an, daß dem preussischen Finanzminister die Ermächtigung erteilt wird, nur mit einem Ausschuss aus sieben Köpfen Anträge aufzunehmen.

Finanzminister Dr. Höpfer-Archib

ging in einer längeren Rede auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein. Dabei betonte er, daß der Abg. v. d. Osten mit seiner ersten Auffassung der wirtschaftlichen Lage durchaus recht habe. Man dürfe aber nicht an den Ursachen für diese schwere wirtschaftliche Not vorbe-

gehen. Insbesondere dürfe man bei Betrachtung des Füllganges unserer Wirtschaft und bei Betrachtung der Steigerung unserer Einfuhr nicht übersehen, daß wir große wirtschaftliche Liebergebote verloren und den Reichsbehörden in verschiedenen Ländern zu vergleichen haben, die in landwirtschaftlicher Beziehung und auf dem Gebiete der Eisenproduktion hervorragend waren. Daraus ergebe sich natürlich eine stärkere Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Herabsetzung von 20 Millionen für Saugkraftwerke, von denen nur rund 40 Millionen zurückgekauft worden sind, und an die bewilligten Mittelkredite. Bei diesen Krediten müsse eine Abmilderung eintreten. Die Entwicklung des Kreditwesens gebe den Anlaß zu einer Messerung der Verhältnisse. Die Entwicklung der Wirtschaft zeigt auch die Sparmaßnahmen, die fortwährend aufzufinden sind, sie haben sich in den letzten Monaten um monatlich etwa 50 Millionen erhöht.

Noch weiteren Ausführungen des Abg. Kirchmann (Soz.) verlegte das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend.

Mieterschutzfragen im Reichstag.

— Berlin, den 29. Januar 1926.

Forderung der Wohnungswirtschaft.

Im Reichstag hat heute die politische Hochspannung der letzten Tage einer friedlichen Stimmung Platz gemacht. In Anwesenheit des Reichsjustizministers Marx und des Arbeitsministers Brauns trat das Haus in die erste Beratung der Vorlage zur Änderung des Mieterschutzgesetzes ein. Der Entwurf bringt eine Forderung der Wohnungswirtschaft. Er behält für Räume, die nicht Wohnräume sind, insbesondere also für Geschäftsräume, die Möglichkeit der Zubilligung eines Ertragsraumes nur in ganz besonderen, mit dringenden öffentlichen Interessen begründeten Fällen bei. Er schlägt für die Mehrzahl der Mietaufhebungsurteile diese Möglichkeit überhaupt aus und bringt auch sonst Erleichterungen in der Ertragsräume. Für einen wesentlichen Teil der Untermieterverhältnisse führt er die freie Kündigung wieder ein.

Abg. Sittler (Soz.) verwies auf die große Bedeutung dieser Vorlage. Man wolle den Mittelstand wieder schwerer belassen zugunsten eines kleinen bezugslosen Kreises. Es besteht die Gefahr, daß gewinnfällige Vermieter das Gesetz zum Schaden der Mieter ausnützen. Die sozialdemokratische Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Abg. Dr. Steinger (Natl.) begrüßte die Vorlage und verlangte baldige Wiederherstellung der freien Wohnungswirtschaft. (Widerpruch links). Hier handele es sich gar nicht um die allgemeine Wohnungslage, sondern um einen weiteren Schritt zur Lockerung der Zwangswirtschaft.

Reichsjustizminister Dr. Brauns

gab an, daß die Wohnungsverhältnisse sich seit Einbringung der Vorlage verschlechtert haben und laute Enttäuer-

kommen im Austausch zu. Vom 1. April 1927 ab können die Länder und Gemeinden wieder eigene Steuern erheben, dann wird auch die Kompetenzfrage zwischen Ländern und Gemeinden im Wohnungswesen geregelt werden. Verschlechterung der Lage dürfe durch die Vorlage entstehen.

Abg. Behnken (D. B.) erklärte in der Vorlage Anfang zum Abbau der Zwangswirtschaft.

Abg. Kell (Dem.) erklärte, daß die demokratische Bewegung im gegenwärtigen Augenblick aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen eine Aufhebung des Mieterschutzes nicht für möglich hält, da immer noch eine ungeheure Wohnungsnot herrscht. Hären, die sich aus der Handhabung des Mieterschutzes für den Hausbesitz ergeben, müssen beseitigt werden.

Abg. Rude (Wirtsch. Bg.) wies auf die große Unzufriedenheit hin, die die Wohnungswirtschaft im allgemeinen hervorgerufen habe. Die Wohnungswirtschaft sei wenig beliebt. Ein Abbau dieser Zwangswirtschaft sei erwünscht.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Siefert (Natl.) und Abg. Ziemmel (Natl.) wurde die Beratung dem Wohnungsausschuss überlassen. Das Haus verlegte sich dann auf Mittwoch, den 3. Februar.

Die Pariser Beschlüsse.

60 000 Mann Rheinlandbesatzung?

— London, 30. Januar. Wie der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, sei in der Unterhaltung zwischen Chamberlain und Briand hauptsächlich der Bericht des Generals Balfour über die Interalliierte Militärkontrolle behandelt worden. Briand Minister seien der Ansicht gewesen, daß der Bericht nicht befriedigend sei, hätten indessen anerkannt, daß Deutschland manches getan habe, um seine Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen. Man könne jedoch von Deutschland in dieser Beziehung noch mehr erwarten, wenn man Deutschland daran erinnere, daß der Vertrag von Versailles die Forderung der Note der Vorkonferenz vom sechsten November nachhabe. Auch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund wurde erörtert, wobei Briand erklärt habe, daß Frankreich keinen Einspruch gegen die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund erheben werde, selbst dann nicht, wenn Deutschland den Entwurfsentscheidungen des Versailler Vertrages noch nicht nachgekommen sei.

Statt Karten.

Clotilde Fenner
Heinz Falz
Verlobte

Spangenberg Reichensachsen
Januar 1926.

Kalk ist nicht Kalk —

man verwende bei der Aufzucht u. Mast nur d. edl. gewürzten Futtermittel „Bergmarke“ oder h. neu entw. „Patent-Nährkalk“! Kostet nur in D. 10 Pf. 100 kg. Postfrei i. Drager. Apotheken u. sonstig. einschläg. Geschäften. Wo nicht durch

M. Brodmann Chem. Fabr. m. b. H. Leipzig-Cutr. 15 0

Thomasmehl, Kali, Kainit
Ammoniak, Kalkstickstoff,
stets am Lager
Georg Meurer.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, sowie für die reichen Kranzspenden und die von Herzen kommenden Worte des Herrn Kreis-pfarrers Schmitt sagen herzlichen Dank:

Elly v. Marschall
Fritz v. Marschall.

Sonntag Mittag 2 Uhr im Saale des Gastwirt Stöhr
Versammlung
zwecks Gründung eines Reitervereins.

Spangenberg Lichspiele

Sonntag und Montag Abend, der große Lieblingsfilm

Der Demütige u. die Sängerin

nach dem gleichnamigen Roman „Der Berliner Illustrierten Zeitung in 8 Akten.“
Als Beiprogramm

Jimmy Anbrey als Straßenkehrer.

Sonntag:
Rassendöffnung 7³⁰ Uhr Anfang punkt 8¹⁰ Uhr.

Montag:
Rassendöffnung 7⁴⁵ Uhr Anfang 8¹⁵

Gute Musik! Gehester Saal!

ALFA-LAVAL

Der nächste Weg zum Wohlstand

ist der Kauf des seit 1878 millionenfach bewährten und gelobten Alfa-Bauart.

Original-Alfa-Bauart

ist unübertroffen einfach jeder Käufer erhält einen Gutschein zur Prüfung der schärften Entnahmung.

Original-Ersatzteile
Alfa-Hand-Separatord
Patentierter Spader-Butterhüter
Der von bestmöglichen Alfa-Verfahren

J. H. Herbold
Spangenberg.

Persil wozu noch Seife?

Verwenden Sie Persil ohne jeden Zusatz. es enthält beste Seife reichlich.

Kaisers Brust-Caramellen
mit dem Namen

Seit 35 Jahren bewährt gegen Husten, Heiserkeit u. Katarrh 7000 not. beglaub. Zeugnisse.

Paket 40⁴ Dose 90⁴

Zu haben bei **Richard Mohr** **Chr. Meurer, Nachf.** und wo Plakate sichtbar.

Inferieren bringt Gewinn!

Hoher Verdienst
durch Versandstelle, Kommissionsware, schriftliche Heimarbeit etc. durch Jedermann an jedem Ort. Rückporto. Scholten in Nennig, Mosel.

Die fluge Dame
trägt schon lange nur noch die Patent-Ortho-Spanne. Sie spart Zeit, Geld u. Verdruß, denn hier bricht nie mehr der Beschlus.

Überall zu haben. Wo nicht zu haben, weisen Vertaufl.ellen nach

Sanitaria, Cassel-R
Fernruf 1767 und 6643.

Lieferung und Anfuhr von Steinen.

Die alsbaldige Lieferung und Anfuhr von etwa 100 Kubik Yacklagesteinen zum Ausbau von Wegen der „Eiglen Scholle“ soll an die hiesigen Fahrleute vergeben werden. Bedingung: Menge und Brauchbarkeit der angelieferten Steine werden von der Stadt festgesetzt.

Angebote, (auf einen ebn lautend) die verschlossen und mit der Aufschrift „Steine“ versehen sein müssen, sind bis zum Mittwoch, den 3. 2. 26., mittags 12 Uhr hierher einzureichen. Eröffnung der Angebote ¼ Stunde später. Nachgebote werden nicht angenommen.

Spangenberg, den 29. 1. 26.

Der Magistrat,

Das Hirongeld

für den Monat Januar 1926 ist einstweilen nicht zu zahlen. Zahlungsaufforderung ergeht demnächst durch Bekanntmachung.

Der Magistrat,

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 31. Januar 1926.
Septuagesimae
Spangenberg.

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönewald.
Nachmittags 1/2 Uhr: Hospitalkapelle: Kreispfarrer Schmitt.

Olbersdorf.
Vormittags 10 Uhr: Kreispfarrer Schmitt.
Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönewald.

Schnellrode.
Montag 8 Uhr: Mütterverein, Kreispfarrer Schmitt.
Dienstag 8 Uhr: Jungfrauenverein, 1. Abt. Kreispfarrer Schmitt.

Christliche Vereine.
Mittwoch 8 Uhr: Jungfrauenverein 2. Abt. Frau Bürgermeister Schier.
Donnerstag 8 Uhr: Christlicher Verein junger Männer, Bruder Röhner.
Freitag 8 Uhr: Wälderchor Bruder Röhner.